

**Landesbeirat spricht von
rechtswidrigen Entscheidungen**

Scharfe Kritik an Abschiebungspraxis in Schleswig-Holstein

Pressesprecher

Michael van Bürk

Telefon 04331 593-197

Telefax 04331 593-244

presse@diakonie-sh.de

Kiel, 26. März 2009. **Der jährlich vom Landesbeirat für den Vollzug der Abschiebungshaft in Schleswig-Holstein vorgelegte Bericht hält auch in diesem Jahr mit deutlicher Kritik nicht zurück. Der Beirat kritisiert, dass durch die Abschiebungshaft Menschenrechte vorenthalten werden, obwohl keine Straftaten begangen wurden. In Deutschland werde vergleichsweise häufig, schnell und viel zu lange Abschiebungshaft angeordnet, erklärte Beirats-Vorsitzender Hans-Joachim Haeger heute bei der Vorstellung des Jahresberichts 2008 in Kiel.**

Diakonisches Werk
Schleswig-Holstein
Landesverband der
Inneren Mission e.V.
Kanalufer 48
24768 Rendsburg

Telefon 04331 593-0
www.diakonie-sh.de

Der Landesbeirat begleitet kritisch den Vollzug in der Abschiebungshafteinrichtung für Schleswig-Holstein in Rendsburg und kommentiert die Abschiebungspraxis der Behörden des Landes. Zwar werden die Haftbedingungen und der Umgang mit den Menschen in der Hafteinrichtung in Rendsburg auch im jetzt vorgelegten Jahresbericht für 2008 im bundesweiten Vergleich als gut bezeichnet. Dennoch seien die Inhaftierungen ein zweifelhaftes Verfahren.

Als schlicht „rechtswidrig“ bewertet Schleswig-Holsteins Flüchtlingsbeauftragter und Beirats-Mitglied Wulf Jöhnk die Inhaftierung unbegleiteter Minderjähriger. Ihre Zahl stieg von drei im Jahr 2007 auf 14 im vergangenen Jahr. Der Beirat plädiert nachdrücklich dafür, diese Minderjährigen durch die Jugendämter in einer Einrichtung der Jugendhilfe zu betreuen. In Rendsburg sind sie gemeinsam mit erwachsenen Männern inhaftiert. Bei hoher Belegung fällt es Jugendlichen häufig schwer, sich unter den Haftbedingungen zu behaupten. Ihre Inhaftierung ist nach Auffassung des Beirats Freiheitsentzug und ein Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention.

Auch in diesem Jahresbericht wird die Inhaftierung traumatisierter und kranker Flüchtlinge sowie die grundsätzlich viel zu lange Haftdauer kritisiert. 2008 waren 303 Personen in Rendsburg inhaftiert, 26 mehr als im Vorjahr, im Einzelfall bis zu 191 Tagen. Kritisch bewertet der Beirat auch die Inhaftierung durchreisender Flüchtlinge durch die Bundespolizei. Zwei Drittel der 303 Rendsburger Häftlinge waren im vergangenen Jahr davon betroffen, obwohl sie freiwillig in ein EU-Land weiterreisen wollten. „Vor allem irakische Flüchtlinge geraten auf der Durchreise in eine Haftfalle statt ins skandinavische Asyl“, sagte Haeger. Vielfach würden die Flüchtlinge mehrfach durch EU-Staaten „verschubt“, wie es im Behördendeutsch heißt. Kein Staat werde entlastet, aber Menschen ohne Sinn schikaniert.

„Aus der Sicht der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein ist zu fragen, ob es noch sinnvoll und vertretbar ist, eine Abschiebungshafteinrichtung zu betreiben, wenn wie im Jahr 2008 lediglich 66 Personen, also fünf bis sechs pro Monat, aus der Abschiebungshaft in Rendsburg in ihr Heimatland abgeschoben werden“, heißt es im Jahresbericht.